

„Gesundheitsreform 2000 gefährdet das hohe Niveau der Versorgung“

Hauptkritikpunkte sind das Globalbudget und die einseitige Stärkung der Kassenmacht

Der 102. Deutsche Ärztetag hat die von der Bundesregierung geplante Gesundheitsreform 2000 als überstürzte und patientenfeindliche „Pseudoreform“ kategorisch abgelehnt. Die Reform „gefährdet das hohe Versorgungsniveau im deutschen Gesundheitswesen durch eine politisch festgelegte, einseitige ökonomische Orientierung“, heißt es in einem von den Delegierten in Cottbus mit großer Mehrheit verabschiedeten Antrag des Vorstandes der Bundesärztekammer. Mit planwirtschaftlichen Mitteln und bürokratischen Reglementierungen im Übermaß werde das Gesundheitswesen durch kurzfristigen administrativen Dirigismus gefährdet.

Rationierung droht

Schon jetzt ist laut Entschliebung des Ärztetages abzusehen, daß

- medizinisch notwendige Maßnahmen nicht mehr im erforderlichen Umfang erbracht werden können und Rationierung die unausweichliche Folge ist,
- Risikoselektion durch Krankenkassen, besonders mit einer Benachteiligung von schwer und chronisch Kranken droht,
- intimste Patientendaten offengelegt werden müssen und das Arztgeheimnis faktisch ausgehöhlt wird und
- massive wirtschaftliche Beschränkung in dem bisher wachsenden Wirtschaftssektor Gesundheitswesen unzählige Arbeitsplätze vernichtet wird.

Kritik am Globalbudget

Hauptkritikpunkt der deutschen Ärzteschaft ist das von der Bundesregierung geplante, allein an der Entwicklung der beitragspflichtigen Einnahmen orientierte Globalbudget. Es könne den medizinischen Versorgungsbedarf der Patienten in Zukunft nicht erfüllen. Denn die Fortschritte der Medizin ermöglichen immer mehr und aufwendigere Leistungen. Gleichzeitig würden das veränderte Krankheitsspektrum und die Veränderungen im Bevölkerungsaufbau mit einer starken Zunahme der Zahl älterer Menschen zu einem steigenden Bedarf führen. Dabei verteile sich die Beitragslast auf immer weniger Menschen.

Die Reformpläne ließen all dies unberücksichtigt und stellten so die Leistungsfähigkeit und Qualität des Gesundheitswesens ernsthaft in Frage. Für notwendig hält der Deutsche Ärztetag

- den solidarisch finanzierten Leistungskatalog entsprechend dem Sozialgesetzbuch V auf das Notwendige, Zweckmäßige und Ausreichende zu beschränken,
- die GKV von versicherungsfremden Leistungen zu befreien,
- auf unnötige populistische Maßnahmen wie zum Beispiel fachfremde Verbraucherberatung zu verzichten,
- Solidarität und Beitragsgerechtigkeit in der Mittelaufbringung der GKV zu stärken und
- die Finanzierungsbasis der GKV über das Arbeitseinkommen hinaus auf weitere Einkommensarten auszudehnen.



Die Delegierten – hier Dr. Hans Uwe Feldmann aus Essen – berieten ausführlich über die Pläne zur Gesundheitsreform 2000. Foto: uma

Gegen einseitige Stärkung der Kassen

Der Ärztetag beurteilte auch die Pläne, nach denen Krankenkassen selektiv mit Ärztenetzen, Facharztgruppen oder gar einzelnen Ärzten sowie Krankenhäusern Verträge abschließen könnten. Das bedeute eine Aufhebung des Kräftegleichgewichts zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern. Eine einseitige Machtverlagerung auf die Krankenkassen, die den Versorgungsbedarf künftig nach den Plänen nahezu allein festlegen könnten, mache aus mündigen Versicherten entmündigte Patienten. Die Ärzteschaft unterstütze den Aufbau integrierender Versorgungsformen auf der Basis des vom 101. Deutschen Ärztetages verabschiedeten Konsenspapiers zur Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung.

Weiter heißt es in dem in Cottbus verabschiedeten gesundheitspolitischen Leitanspruch, daß die freie Arzt-

wahl nicht gefährdet werden darf. Sie sei eines der wichtigsten Patientenrechte. Die Koordinierungsrolle des Hausarztes solle ein Angebot an die Patienten sein. Dasselbe gelte für sektorübergreifende Versorgungsformen. Ausdrücklich sprach sich der Ärztetag für die Qualitätssicherung ärztlicher Arbeit aus. Er kritisierte jedoch scharf, daß nach dem Gesetzentwurf eine Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen zentral die Gesundheitsdaten aller gesetzlich Krankenversicherten sammeln soll. Dies lasse „den Gedanken einer neuen Art von Gesundheitspolizei aufkommen“.

„Allianz der Zahlungsunwilligen“

Die harsche Kritik an den Reformplänen hatte der scheidende Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, Professor Dr. Karsten Vilmar, bereits bei der Eröffnungsveranstaltung in zugespitzter Weise formuliert: „Leben und Gesundheit der Menschen dürfen nicht dem Dogma der Beitragssatzstabilität geopfert werden. Es

wäre unerträglich, wenn sich trotz der öffentlich beklagten Zunahme der Zahl der Kranken die Mehrheit der Gesunden über die körperlichen und seelischen Nöte und Bedürfnisse Kranker und Hilfsbedürftiger hinwegsetzen sollte. Die Ärzteschaft lehnt einen solchen ‘Sozialdarwinismus’ ab, sie wird sich dieser Allianz der ‘Zahlungsunwilligen’ entgegenstellen.“

Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer betonte in ihrer Rede bei der Eröffnung die Dialogbereitschaft: „Mein Interesse ist es, daß wir wieder in Ruhe miteinander reden können.“ Inhaltlich jedoch blieb sie bei ihren bekannten Positionen und verteidigte das Globalbudget. Über eine Erweiterung der Bemessungsgrundlage könne man allenfalls „mittelfristig“ reden. Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe dagegen kündigte an, daß sein Land im Bundesrat der Reform nicht zustimmen wird, wenn dadurch die Patientenversorgung oder Arbeitsplätze gefährdet werden.

Horst Schumacher

sident war aber die Wahl unseres Präsidenten Professor Dr. Hoppe zum Bundesärztekammerpräsidenten mit einem überragenden Ergebnis von über drei Viertel aller abgegebenen Stimmen. Dazu auch auf diesem Wege den allerherzlichsten Glückwunsch. Ich wünsche ihm viel Erfolg für seine Präsidentschaft. Mit welchem Elan der neue Präsident an seine Aufgabe geht, zeigt schon die Tatsache, daß er bereits an dem Sonntag, der auf die Wahl am Freitag folgte, das erste Gespräch mit der Bundesgesundheitsministerin führte.



Dr. Arnold Schüller (Neuss),
Vizepräsident
der Ärztekammer
Nordrhein

Eine kleine Überraschung für alle bedeutet sicherlich die Besetzung der beiden Vizepräsidentenposten mit Frau Dr. Auerswald und Herrn Dr. Crusius. Ebenfalls sehr erfreulich war das gute Abschneiden von Herrn Henke, der sich als einziger in den weiteren Positionen gleich im ersten Wahlgang gegen drei Mitbewerber als Beisitzer für den Vorstand der Bundesärztekammer durchsetzen konnte. Auch ihm wünsche ich für sein weiteres Schaffen viel Erfolg.

Besonders erfreulich aus nordrheinischer Sicht die überzeugende Wahl unseres Präsidenten Professor Dr. J. D. Hoppe zum Präsidenten der Bundesärztekammer (BÄK) und des Deutschen Ärztetages sowie die Wiederwahl von Rudolf Henke



Dr. Dieter Mitrenga (Köln)

UMFRAGE

„... fühlten wir uns sehr herzlich aufgenommen“

Das „Rheinische Ärzteblatt“ fragte zum sechsten Mal nordrheinische Delegierte nach ihren persönlichen Eindrücken vom Deutschen Ärztetag – Lob für Cottbus und Brandenburg

In der Eröffnungsrede sowie der anschließenden Diskussion darüber zeigte sich die fast einhellige Ablehnung des Referentenentwurfs zum Gesundheitsstrukturgesetz in der jetzt vorgelegten Form. Frau Ministerin Fischer konnte in ihrer Ansprache die Bedenken nicht zerstreuen. Erstaunlich war für mich die rasche Annahme der Vorschläge zur zertifizierten Fortbildung fast ohne jede Diskussion, die ich gerade in diesem Zusam-

menhang in stärkerem Maße erwartet und mir auch erhofft hatte. In den vier Jahren der Erprobung in den einzelnen Landesärztekammern wird sich aber sicherlich ein für alle praktikabler Weg herausstellen, den der Deutsche Ärztetag 2003 dann endgültig beschließen kann.

Das herausragende Ereignis insbesondere aus Sicht unserer Kammer und natürlich auch aus meiner ganz persönlichen Sicht als Vizeprä-